

Berlin

Stimmen aus der Türkei



TUSIAD

TS-BER/2014/21

IN DIESER AUSGABE:

**MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)**

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13
ANKARA : 39/4 İran Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46
U S A : 1250, 24th Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206
berlinoffice@tusiad.org www.tusiad.org

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Außenminister beraten über Nahost

Mit dem Rückenwind der aktuellen Feuerpause im Gaza-Krieg will eine Gruppe von Außenminister die Bemühungen um einen dauerhaften Waffenstillstand in Nahost voranbringen.

Dazu kamen in Paris die Außenminister Frankreichs, der USA, Deutschlands, Großbritanniens, Italiens, der Türkei und Katars zu kurzfristig angesetzten Beratungen zusammen. Auch die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton nimmt teil. US-Chefdiplomat hatte seit Wochenbeginn in Kairo und Jerusalem vermittelt. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sagte am Rande des Treffens, es gehe nicht darum, über Schuld und Verantwortung zu reden. Vielmehr gelte es, aus der derzeitigen humanitären Waffenruhe einen dauerhaften Waffenstillstand zu machen. "Worum es jetzt geht, ist, dass wir Einigkeit erzielen, dass das Sterben beendet werden muss", betonte Steinmeier. Das Treffen könne auf diesem Weg ein Baustein sein. Mit Blick auf die radikalen Palästinenser sagte Steinmeier: "Der Knackpunkt ist, wie die Hamas überzeugt werden kann, dass der Gazastreifen nicht mehr länger Waffenlager für die Hamas oder ihren militärischen Arm sein kann." Kerry hatte in den vergangenen Tagen versucht, die Konfliktparteien auf der Basis eines ägyptischen Vorschlags dazu zu bewegen, die Kämpfe sieben Tage lang ruhen zu lassen und Verhandlungen über eine langfristige Friedenslösung auszunehmen. Die israelische Regierung hatte dies abgelehnt. [Internet-Link](#)

EuGH-Urteil: Richter kippen Deutschtests für türkische Ehepartner

Der Europäische Gerichtshof kassiert den Pflicht-Deutschtest beim Ehegattennachzug. Geklagt hatte eine Türkin, die zu ihrem Mann nach Deutschland ziehen will.

Die Sprachtests für Ehepartner von in Deutschland lebenden Türken sind nicht rechtens. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am Donnerstag entschieden. Der 2007 eingeführte Sprachtest als Voraussetzung des Ehegattenzuzugs sei nicht mit einem früheren Abkommen zwischen der EU und der Türkei vereinbar und erschwere die Familienzusammenführung, so die Richter. Zu Beginn der Siebzigerjahre hatten beide Seiten in einer Stillhalteklause vereinbart, dass die Niederlassung nicht weiter erschwert werden dürfe. Der Gerichtshof betonte, dass die Familienzusammenführung "ein unerlässliches Mittel zur Ermöglichung des Familienlebens türkischer Erwerbstätiger" sei, die in der EU arbeiten. Die Familienzusammenführung verbessere für die Betroffenen die "Qualität ihres Aufenthalts" und fördere ihre Integration in den jeweiligen EU-Staaten. Geklagt hatte eine Türkin, die zu ihrem seit 1998 in Deutschland lebenden Mann ziehen will. Die Deutsche Botschaft in Ankara hatte 2012 den Visaantrag der Klägerin wegen mangelnder Deutschkenntnisse abgewiesen - die Frau ist Analphabetin.

"Einfache Deutschkenntnisse" verlangt

Deutschland verlangt von ausländischen Ehepartnern aus Nicht-EU-Staaten, die zu ihrem Ehepartner nach Deutschland ziehen wollen, den Nachweis "einfacher Deutschkenntnisse". Mit dem Sprachtest sollen Schein- und Zwangsehen erschwert und die Integration in Deutschland erleichtert werden.

"Einfache Deutschkenntnisse" bedeuten, dass jemand beispielsweise nach dem Weg fragen oder sich vorstellen können muss. Auch ein paar schriftliche Deutschkenntnisse sind gefragt - etwa die Fähigkeit, auf Formularen von Behörden den eigenen Namen, die Adresse oder Nationalität einzutragen. Als Nachweis gilt etwa der Beleg über die erfolgreiche Teilnahme an bestimmten Sprachprüfungen im Ausland. Es gibt jedoch einige Ausnahmen: Der Sprachnachweis ist beispielsweise nicht nötig, wenn jemand wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht in der Lage ist, Deutsch zu lernen. Auch Menschen mit Hochschulabschluss oder Partner von Menschen, die eine Aufenthaltserlaubnis als Hochqualifizierter oder Forscher haben, sind davon befreit. Gleiches gilt für EU-Bürger oder Ehegatten von Staatsangehörigen, die ohne Visum einreisen konnten. Weitere Voraussetzung für den sogenannten Ehegattennachzug ist, dass beide Partner mindestens 18 Jahre alt sind. Von 2005 bis Ende 2013 kamen durch den Ehegattennachzug fast 350.000 Frauen und Männer nach Deutschland. [Internet-Link](#)

Eine Karriere wie Putin: Erdoğan bereitet sich den Weg als Präsident

Der türkische Präsident Abdullah Gül wird nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren. Er lässt Premierminister Erdoğan den Vorzug. Der Gegenkandidat Erdoğan wird der aktuelle Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz sein. Dieser gilt als Gegner der Schiiten und des Irans. Der amtierende türkische Präsident Abdullah Gül wird nicht für eine weitere Amtszeit kandidieren. „Meine Amtszeit endet am 28. August“, sagte er. Er habe diese Entscheidung bereits vor den Kommunalwahlen im März getroffen und Ministerpräsident Erdoğan informiert. Stattdessen wird voraussichtlich Premierminister Erdoğan bei den Präsidentschaftswahlen im August kandidieren. Denn gemäß der türkischen Verfassung darf der Ministerpräsident nicht ein viertes Mal für sein bisheriges Amt kandidieren. Als möglicher neuer AKP-Chef wird wiederum Abdullah Gül gehandelt, berichtet Daily Sabah. Doch Gül gibt sich verhalten. „Dies sind Dinge, die wir später untereinander besprechen werden“, so Gül. Denn er habe keine politischen Pläne für die Zukunft. Einen Amtstausch mit Erdoğan hatte Gül im Vorfeld ausgeschlossen. Der Präsident in der Türkei hat eine repräsentative Funktion. Dieser wird im August erstmals direkt vom Volk gewählt. Premierminister Erdoğan hatte zuvor angekündigt, dass die Kompetenzen des Staatspräsidenten im Rahmen einer neuen Verfassung neu definiert werden müssen. Er steht für eine Erweiterung der Zuständigkeiten an. Denn per Direktwahl habe der Staatspräsident auch eine größere Legitimität als per Wahl durch das Parlament. Der Gegenkandidat der Opposition steht bereits fest: Es ist Ekmeleddin İhsanoğlu, ein türkischer Chemiker und Wissenschaftshistoriker. Er ist Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) und gilt als orthodoxer Muslim. Er hat enge Verbindungen zu Saudi Arabien und gilt als vehementer Gegner der Schiiten und des Irans. Mit İhsanoğlus Wahl zum Präsidenten dürfte sich die Türkei in der Region strategisch starr positionieren. [Internet-Link](#)

Erdogan-Vize will Frauen das Lachen verbieten

Der stellvertretende Regierungschef der Türkei beklagt einen Verfall der Moral. Die Schuld sieht Bülent Arınc bei den Frauen - weshalb er ihnen laute Heiterkeit in der Öffentlichkeit untersagen will. Lachen verträgt sich nicht mit Tugendhaftigkeit, meint der türkische Vizeregierungschef Bülent Arınc. Nun will er türkischen Frauen laute Heiterkeit in der Öffentlichkeit verbieten. Das berichten mehrere Zeitungen am Dienstag. Arınc, Regierungssprecher und einer der Stellvertreter von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, beklagt demnach einen Verfall der Moral in der Türkei. Der Wertemangel sei ein großes Problem. "Tugendhaftigkeit ist so wichtig, sie ist nicht nur ein Begriff", sagte er. "Sie ist eine Zierde für Männer und Frauen gleichermaßen." Aber dann richtete er sich vor allem an die Frauen: "Wo sind unsere Mädchen, die leicht erröten, ihren Kopf senken und die Augen abwenden, wenn wir in ihre Gesichter schauen, und somit zu einem Symbol der Keuschheit werden?" Arınc befürchtet den Niedergang der Gesellschaft: Probleme wie der wachsende Drogenkonsum schon bei jungen Menschen sowie Gewalt gegen Frauen seien Zeichen dafür. Fernsehsendungen führten zudem zu einer "Sex-Abhängigkeit" junger Leute. Sein empfohlenes Gegenmittel für muslimische Türken: die Lektüre des Koran. Die Tugendhaftigkeit sei ein hoher Wert. Männer sollten ihren Frauen treu bleiben, und Frauen sollten in der Öffentlichkeit weder laut lachen noch ihre Attraktivität zeigen.

Kochrezepte und Klatsch am Handy

Mit seiner Kritik am Verhalten der Frauen blieb der Vizeregierungschef im Allgemeinen: "Stundenlange" Gespräche am Handy sollen eingedämmt werden. Kochrezepte austauschen und Klatschgeschichten erzählen sollten Frauen vielmehr bei persönlichen Treffen, meint Arınc. Die Opposition kritisierte die Äußerungen des Politikers. Der Kandidat der großen Parteien für die Präsidentschaftswahl am 10. August, Ekmeleddin İhsanoglu, wies Arıncs Äußerungen zurück. Nichts brauche die Türkei so sehr wie das fröhliche Lachen von Frauen, erklärte İhsanoglu im Internetportal Twitter. Die Fernsehjournalistin Banu Güven rief zu wöchentlichen Lach-Kundgebungen von Frauen auf. [Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

Türkei: Erdoğan startet Ermittlungen gegen kritische Koç-Gruppe

Die Erdoğan-Regierung hat Ermittlungen gegen ein Tochterunternehmen der Koç-Gruppe veranlasst. Eine Öl-Raffinerie des Konzerns soll seit sieben Jahren illegal Wasser aus einem See abgezweigt haben. Regierungs-Kritiker vermuten einen „Racheakt“ Erdogans. Die Koç-Gruppe hatte sich zuletzt auf die Seite der Gezi Park-Demonstranten gestellt.

Am Wochenende hat die türkische Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen den Energie-Konzerns TÜPRAŞ eingeleitet. Dem Öl-Konzern wird vorgeworfen, dass er seit sieben Jahren illegal Wasser aus dem Sapanca See abzweigt hat. Der TÜPRAŞ-Generaldirektor Yavuz Erkut und der Raffinerie-Chef in Izmit stehen unter Anklage. Den beiden Männern drohen Haftstrafen in Höhe von drei Jahren.

Der Raffinerie-Chef sagt, dass die TÜPRAŞ-Raffinerie in Izmit seit dem Jahr 1960 das Wasser aus dem See verwertet. Dies sei die gängige Methode gewesen – auch als TÜPRAŞ noch ein Staatsunternehmen war. Das türkische Nachrichten-Portal Haber 7 zitiert Erkut:

„Die Kommune und weitere öffentliche Institutionen beziehen jährlich 120 Millionen Kubikmeter Süßwasser aus dem See. Doch bei uns liegt der jährliche Verbrauch bei 7,5 Millionen Kubikmeter. TÜPRAŞ soll zu Unrecht für die Dürre in der Region verantwortlich gemacht werden. Die Nutzung des Wassers liegt im nationalen Interesse. Es gibt keine Alternativen.“

Regierungskritiker vermuten hinter den Ermittlungen eine bewusste Kampagne der Erdoğan-Regierung. Der Energie-Riese TÜPRAŞ ist ein Tochterunternehmen der Koç-Gruppe. Koç fiel zuletzt in Erdogans Missgunst, als das Unternehmen Demonstranten während der Gezi Park Proteste im Sommer 2013 Zuflucht Divan Hotel in Istanbul bot. Das Divan Hotel gehört Ali Koç. Kurz darauf führten Steuerfahnder begleitet von der Polizei Razzien bei den Koç-Töchtern Aygaz, Tüpraş und OPET durch. Der Vorwurf lautete auf illegalen Energieträgerhandel und Steuerhinterziehung.

Die Koç Holding ist eines der größten Konglomerate in der gesamten Türkei und hauptsächlich in den Bereichen Energie, Automobil, Gebrauchsgüter und Finanzen tätig. Mit 85.000 Mitarbeitern zählt sie zu den 50 weltgrößten Familienunternehmen außerhalb der USA. Neben der landesweit größte Industrieunternehmen Tüpraş, besitzt sie den Haushaltsgerätehersteller Arçelik sowie die Yapi Kredi Bankasi. In Deutschland bekannt wurde Koç vor allem durch den Kauf der Traditionsmarke Grundig.

[Internet-Link](#)

Gegen den Dollar: Erdoğan will eine Allianz mit Putin schließen

Die Türkei möchte den US-Dollar als Leitwährung beim Handel mit Russland ablösen. Stattdessen sollen der Rubel und die Türkische Lira als Zahlungsmittel dienen. Damit möchte das Land künftige Sanktionen gegen Russland umgehen. Denn Russland ist der zweitgrößte Handelspartner der Türkei. Für die Nato könnte die Kehrtwende zum Problem werden.

Die türkische Regierung unter Premier Recep Tayyip Erdoğan möchte der weltweiten Anti-Dollar-Allianz beitreten. Der türkische Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci hat seinem russischen Amtskollegen Alexei Uljukajew bei einem Treffen in Sydney einen Vorschlag unterbreitet.

Ankara will den bilateralen Handel mit Moskau ohne den US-Dollar abwickeln. „Die Türkei bietet Russland an, beim Handel auf die jeweiligen nationale Währungen umzusteigen“, zitiert das russisch-türkische Portal Haber Rus Uljukajew. Die türkische Abgeordnete Oya Akgönenç sagt in einem Interview mit Voice of Russia, dass die einseitigen US-Sanktionen gegen andere Staaten nur wenig Unterstützung finden. Damit bezieht die Abgeordnete Stellung gegen die geplante Verschärfung der Russlands-Sanktionen: „Die USA verhängen Sanktionen und erwarten, dass andere Länder diese unterstützen. Doch die wirtschaftlichen Realitäten anderer Staaten sind nicht immer deckungsgleich mit US-Interessen.“

In Europa komme angesichts der NSA-Affäre der Vertrauensverlust der Regierungen hinzu. Doch die USA überwachen nicht nur die Europäer, sondern auch den Rest der Welt. Das bestärke den Willen der Staaten, sich vom US-Dollar zu lösen.

So möchte auch Frankreich seine Währungsreserven nicht mehr in US-Dollar halten. Nach Angaben des Notenbank-Chefs Christian Noyer ist die US-Währung risikoreich. Zuvor hatten die USA die BNP Paribas zu einer milliarden schweren Geldstrafe verurteilt. Die Bank hatte US-Sanktionen gebrochen und Geschäfte mit dem Iran, dem Sudan und Kuba betrieben.

Derzeit halten die Notenbanken der Welt 60,9 Prozent ihrer Devisenreserven in US-Dollar und 24,5 Prozent in Euro. Das geht aus aktuellen Zahlen des IWF hervor. Akgönenç stuft Frankreichs Reaktion als verständlich ein. Sobald es eine Interessen-Kollision gebe, können die Länder nicht mehr den USA hinterherlaufen. Das münde letztendlich in einem Prestige-Verlust der Amerikaner. Die Brics-Staaten planen sogar ein gemeinsames Währungs-System, um den Handel künftig ganz ohne Dollar abzuwickeln. Zudem soll eine Entwicklungs-Bank als Alternative zum IWF gegründet werden.

Doch auch der Anti-Dollar-Vorstoß der Türken kommt nicht überraschend. Das Verhältnis zwischen Premierminister Erdoğan und US-Präsident Obama ist aufgrund der ungelösten Syrien-Krise schwer belastet. „In der Vergangenheit habe ich ihn direkt angerufen. Allerdings konnte ich bezüglich Syriens keine Resultate erzielen. Seitdem sprechen unsere Außenminister miteinander“, zitiert Zerohedge Erdoğan. Die wachsende Distanz zu den USA führt scheinbar zu einer Annäherung an Russland.

Im vergangenen Jahr betrug der bilaterale Handel zwischen Russland und der Türkei 32,7 Milliarden US-Dollar. Bis 2020 soll der Handel auf 100 Milliarden US-Dollar ansteigen. Russland ist der zweitgrößte Handelspartner der Türkei. Die Türkei hingegen ist der achtgrößte Handelspartner Russlands, meldet die International Business Times.

In diesem Zusammenhang möchte die Türkei eine gemeinsame Freihandels-Zone mit der Eurasischen Wirtschafts-Union (EAWU) schaffen. Die EAWU tritt im Januar 2015 in Kraft. Ihr gehören Russland, Kasachstan und Weißrussland an. Ende September werden die Wirtschaftsminister Russlands und der Türkei in Istanbul zusammen kommen, um erste konkrete Schritte festzulegen. [Internet-Link](#)

Türkei-Investment bietet jetzt Chancen

Die Aktienkurse an der Börse in Istanbul sind im Sommer unter Druck geraten. Investoren fürchten nicht nur die politischen Unsicherheiten nach den Protesten. Für antizyklische Anleger können sich jetzt Chancen ergeben.

Wer einen tiefen Schluck aus dem Ikea-Glas „Pokal“ nimmt und dabei auf dessen Boden blickt, erfährt, dass der Schweden-Becher „made in Turkey“ ist. Das ist kein Zufall. Schon lange hat sich die Türkei als Industriestandort etabliert. „In vielen türkischen Städten wurde in den vergangenen Jahren gezielt Industrie aufgebaut“, erklärt Kemal Bağcı von der Royal Bank of Scotland. Präsident Erdogan und seine Partei AKP trieben mit Eifer Reformen voran, die für ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum im Land sorgten.

Von 2002 bis 2011 hat sich die Wirtschaftsleistung des Landes mehr als verdoppelt. In den Jahren 2010 und 2011 wuchs das Bruttoinlandsprodukt jeweils um rund neun Prozent. Auch haushaltspolitisch machte die türkische Regierung mit einer stetigen Verringerung der Schuldenquote in den zurückliegenden Jahren ihre Hausaufgaben. Die Türkei hat im Mai 2013 ihre Kredite beim IWF vollständig bedient. Die Staatsverschuldung liegt aktuell bei 36 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) und dürfte sich in den nächsten Jahren weiter reduzieren. Zum Vergleich: Deutschland ist derzeit laut Eurostat mit rund 81 Prozent des BIP verschuldet, Italien mit 127 Prozent und Griechenland mit 157 Prozent. Mit den Kennziffern für Schuldenstand und Haushaltsdefizit erfüllt die Türkei in vollem Umfang die Maastricht-Kriterien. Das kann derzeit nicht jeder Euro-Staat von sich behaupten. Daher galten Türkei-Investments noch bis vor kurzem aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren als chic. Der MSCI Turkey, Gradmesser für die Entwicklung türkischer Aktien, verdoppelte seinen Wert zwischen 2009 und 2011 und noch einmal von Anfang 2012 bis Sommer 2013.

Doch mit dem Börsen-Glanz scheint es nun erst einmal vorbei zu sein: Im Schnitt brachen die Kurse türkischer Aktien zwischen Mai und Juli dieses Jahres um rund 20 Prozent ein. Just in dieser Zeit ging die türkische Regierung mit Wasserwerfern gegen Demonstranten auf dem Taksim-Platz in Istanbul vor. An den wirtschaftlichen Grunddaten hatte sich jedoch nicht viel geändert. „Da liegt der Schluss

nahe, einzig die politische Entwicklung habe großen Einfluss auf die Börse gehabt. Doch in diesem Fall sind weitere Gründe für den Kursrückgang verantwortlich“, sagt Gökhan Kula, Investmentstrategie und Fondsmanager des Myra Dynamic Turkey Fund.

„Denn im Sommer sind nicht nur die Aktienkurse in Istanbul, sondern weltweit in fast allen Schwellenländern unter Druck geraten. Der Auslöser dafür war die Ankündigung des US-Notenbankchefs Bernanke, mittelfristig die Zinsen in den USA wieder anzuheben“, so Kula. Allein diese Ankündigung trieb Investoren, die sich in den USA preiswert Geld geliehen und in Schwellenländern angelegt hatten, dazu, ihre Engagements aufzulösen und Gewinne rechtzeitig vor der Zinswende mitzunehmen. Auch Türkei-Investoren zogen ihre Gelder in großem Umfang ab. „Wenn alle durch dieselbe Tür wollen, kann es solche Ausverkaufs-Effekte geben“, erklärt Gökhan Kula. [Internet-Link](#)

Türkei: Neue Energie um jeden Preis?

Ein neuer Windpark soll an der türkischen Ägäisküste entstehen - mit technischer Unterstützung aus Deutschland. Und auf Kosten der Umwelt, kritisieren die Anwohner. Auch Rechtsexperten haben ihre Bedenken.

Ausländische Investoren sehen in der Türkei ein lohnendes Geschäft. Allein im Jahr 2013 flossen rund 13 Milliarden US-Dollar in die Türkei. Vor allem der türkische Energiemarkt ist einer der am schnellsten wachsenden der Welt. Auf der Internetseite der türkischen Regierung wird für den boomenden Energiesektor geworben: "Invest in Turkey", heißt es auf der Seite. Danach sollen bis zum Jahr 2023 rund 120 Milliarden US-Dollar in den Energiemarkt investiert werden - doppelt so viel wie in den letzten zehn Jahren.

Neben den zwei geplanten Kernkraftwerken wird auch verstärkt auf erneuerbare Energie gesetzt. Vor allem Investoren aus Europa beteiligen sich mit modernen Technologien an Wind-, Solar- und Wasserkraftprojekten. Oft gehen diese Millionengeschäfte in der Türkei allerdings mit undemokratischen Mitteln einher: fehlende Transparenz, keine Bürgerbeteiligung, Missachtung des Naturschutzes und der Justiz.

"Das Bauprojekt ist nicht rechtens"

Solch ein Szenario spielt sich seit Monaten auf der türkischen Halbinsel Cesme ab. Im Rahmen des Projektes Cesme RES hat die türkische Energiefirma ABK im Januar mit dem Bau eines Windparks im beliebten Urlaubsort an der Ägäisküste begonnen. Dafür soll die Firma Nordex mit Sitz in Hamburg insgesamt sechs Windturbinen liefern. Anwohner wie die 30-jährige Esen Kabadayi sind jedoch strikt gegen das Projekt. "Plötzlich stand ein Bulldozer da und begann, auf unserem Grundstück eine Straße zu bauen", erzählt die Umweltwissenschaftlerin aus Izmir im DW-Gespräch. Keine Vorwarnung und auch keinen Enteignungsbrief habe ihre Familie erhalten, sagt sie. "Wir sind immer noch im Besitz der Eigentumsdokumente. Trotzdem wird gebaut. Das Grundstück ist fast 4000 Quadratmeter groß. Mehr als 800 Quadratmeter sind von dem Bau betroffen. Mein Grundstück ist jetzt zweigeteilt - durch eine Durchfahrtstrasse zu den künftigen Turbinen", so die Umweltaktivistin entrüstet. Kabadayi bezeichnet die voranschreitenden Bauarbeiten als "illegal". Auch weil es ein Naturschutzgebiet sei und nicht bebaut werden dürfe. Auch die 45-jährige gebürtige Schwedin Madeleine Kura geht seit Monaten rechtlich gegen das Bauprojekt vor. Gemeinsam mit ihrem Ehemann besitzt sie seit über 20 Jahren insgesamt 350.000 Quadratmeter Fläche auf der Halbinsel. "Die Eigentumsübertragung unserer Grundstücke ist noch nicht vollzogen. Trotzdem wurden uns bereits Teile weggenommen", kritisiert Kura.

Es wird trotzdem weiter gebaut

Die Anwälte von Familie Kura verweisen auf einen Gerichtsbeschluss des Staatsrats - eines der obersten Gerichte der Türkei. "Danach ist ein Ausfuhrungsstopp angeordnet worden bis die bestehenden rechtlichen Probleme beseitigt worden sind. Es ist keine finale Entscheidung des Gerichts, aber eine vorübergehende, an die man sich halten muss", erklärt der Anwalt Bekir Aytekin. Der Beschluss richte sich gegen die Enteignungserklärung des Ministerrats, der vorsieht, dass das Energiemarktregelungsamt EPDK die Verstaatlichung der Grundstücksteile vollziehen könne, so Aytekin. Ein Experte der Staatsanwaltschaft hat ebenfalls eine Intervention in die Privatgrundstücke

festgestellt", sagt Aytekin. Das Gleiche habe auch die örtliche Gendarmerie feststellen können und schriftlich an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. "Wir haben alle rechtlichen Beweise vorliegen."

Der Turbinenlieferant Nordex hat keine Bedenken an dem Bauvorhaben und wird trotzdem liefern. "Der Kunde ABK hat alle erforderlichen Genehmigungen vorgelegt. Wir haben auch gefragt, ob sich etwas an der Situation verändert habe. Uns wurde gesagt, dass sich nichts geändert hätte", so Hans-Rudolf Lenhartz, Chefjurist bei Nordex, im DW-Gespräch. Nordex habe einen schuldrechtlichen Vertrag, an den man gebunden sei. "Wir kommen unseren Verpflichtungen aus dem Vertrag selbstverständlich nach", so Lenhartz. Die Türkei sei außerdem ein wichtiger Markt für die Firma. "Wir haben bereits 600 Megawatt Lieferungen in der Türkei erbracht. Seit rund vier Jahren sind wir schon an diversen Windparks in der Türkei beteiligt und haben absolut positive Erfahrungen mit dem Land gemacht. Wir sind Marktführer und haben keinen Zweifel daran, dass der Kunde die Voraussetzungen zum Bau der Anlagen erfüllt hat", so Lenhartz. Nordex habe keine detaillierten Informationen zum Ausfuhrungsstopp und zu den Klagen, kritisiert Aytekin. "Ausländische Investoren fragen nicht nach, ob ihre Investitionen und Aktivitäten im Einklang mit den türkischen Gesetzen sind. Sie kriegen ihr Geld und damit sind sie zufrieden", kritisiert Aytekin. Es sei immer das Gleiche. "Der Bau des dritten Flughafens und der dritten Bosphorus-Brücke werden nach dem gleichen Schema durchgesetzt. Umweltschützer und die Bevölkerung werden einfach ignoriert", so Aytekin.

"Die Justiz ist nicht immer unabhängig"

Arsin Demir, Anwalt der Energiefirma ABK, verweist bei der Enteignung der Privatgrundstücke auf die dringende Beschlagnahmung. "Diese dringende Beschlagnahmung wurde vom Ministerrat akzeptiert. Damit hat das Projekt eine legale Basis", so Demir. Außerdem würden keine Windturbinen auf Privatgrundstücken gebaut, sondern lediglich auf öffentlichen Flächen, sagt er. "Nur kleine Teile von Privatgrundstücken wurden im Rahmen von Sicherheitsvorkehrungen enteignet, weil sie sich um die Turbinen herum befinden", sagt der Anwalt. Bei Naturschutzgebieten gebe es außerdem Ausnahmen für bestimmte Bauvorhaben.

Lami Bertan Tokuzlu, Rechtsexperte an der Bilgi Universität in Istanbul, sieht hier jedoch eine klare Rechtsverletzung, "sonst hätte der Staatsrat nicht für einen Ausfuhrungsstopp entschieden". Derartige Rechtsverletzungen seien in der Türkei üblich, sagt Tokuzlu. "Sie bauen den Windpark in Cesme weiter. Das heißt, sie missachten den Gerichtsbeschluss", sagt der Rechtsexperte. Die Hoffnung, gerichtlich größere Erfolge zu erzielen, sei jedoch gering. "Die meisten Energiefirmen sind regierungsnah und auch die Justiz ist nicht immer unabhängig." Für künftige Investitionen in der Türkei sei es wichtig, dass die Türkei endlich die Aarhus-Konvention unterschreibe, so Tanay Sidki Uyar, Leiter der Energieabteilung der Marmara-Universität in Istanbul und Präsident der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energie e.V. (EUROSOLAR). "Die Konvention steht für mehr Transparenz bei Bauvorhaben. Demnach gibt es Kriterien für den Bau von Windturbinen. Bürger haben dadurch das Recht, gegen bestimmte Projekte zu opponieren. Dann baut man eben woanders", so Uyar im DW-Gespräch. [Internet-Link](#)

FIRMENNACHRICHTEN

Baumax startet mit Rückzug aus der Türkei

Die angeschlagenen Kette hatte vor nur zwei Jahren 27 Millionen in die Filiale investiert. Die Schließung der verbliebenen drei Filialen wird in Kürze erwartet.

Die angeschlagene Baumarkette Baumax hat ihre erste Filiale in der Türkei geschlossen. Nach der Filiale in Istanbul werden türkischen Medienberichten zufolge die noch verbliebenen drei Niederlassungen ebenfalls in Kürze zugesperrt.

Nur noch ein Wächter hält in der ehemaligen bauMax-Filiale im Istanbuler Bezirk Avcılar die Stellung. Das österreichische Unternehmen hat die Firmenschilder seiner Niederlassung bereits abmontiert und die Rolläden heruntergelassen. Vor zwei Jahren hat bauMax die Filiale mit 15.000 Quadratmetern Fläche und einem Investitionsaufwand von 27 Mio. Euro in der türkischen Metropole angemietet. Jetzt ist das endgültige Aus erfolgt.

In der Türkei 2010 gestartet

Türkischen Medienberichten zufolge rechnen Experten damit, dass die noch verbliebenen drei Filialen im nordtürkischen Samsun, in Eskişehir und in Bodrum ebenfalls in Kürze ihre Pforten dichtmachen werden.

bauMax hat 2010 mit großen Hoffnungen und Investitionen in Höhe von 25 Mio. Euro seine erste Filiale in Samsun an der Schwarzmeerküste eröffnet, zwei weitere folgten im selben Jahr. Im Jahr 2012 haben sich die Pläne und die Ergebnisse ins Negative gedreht, bauMax schrieb im selben Jahr Verluste im Wert von 126 Millionen Euro.

Auch andere Heimwerker scheiterten

In Folge hat die Baumarktkette eine Konzentration auf die Kernländer Österreich, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien vorgenommen und bekanntgegeben, sie wolle sich von den Standorten in der Türkei, in Bulgarien und Kroatien trennen. Die rumänische Tochter wurde Anfang Juli an die französische Adeo-Gruppe verkauft.

bauMax ist nicht die einzige Kette, die in der Türkei nicht reüssieren konnte. In der Vergangenheit haben bereits einige ausländische Baumärkte der Türkei den Rücken gekehrt. Der erste war das französische Unternehmen Mr. Bricolage. Im Februar 2013 gab der deutsche Baumarktriese Praktiker sein verlustreiches Türkei-Geschäft auf. Im gleichen Jahr ließ die französische Heimwerkerkette Leroy Merlin verlautbaren, sie werde sich aus der Türkei verabschieden.

Mittlerweile teilen sich drei große Ketten die Marktanteile in der Türkei, davon die türkischen Heimspieler Tekzen und Koctaş sowie die deutsche Bauhaus. [Internet-Link](#)

Ferrero kauft türkischen Haselnuss-Primus

Der Nutella-Hersteller Ferrero will für seine Produkte die Versorgung mit der Schlüsselzutat Haselnüsse langfristig sichern. Dafür kauft der Konzern die türkische Oltan Group, türkischer Branchenprimus in Sachen Nüsse.

Haselnüsse sind für den Nutella-Hersteller Ferrero eine wichtige Zutat - durch einen Zukauf in der Türkei will sich die Gruppe nun langfristig den Zugang dazu sichern. Wie Ferrero Deutschland am Donnerstag in Frankfurt mitteilte, kauft die Gruppe die türkische Oltan Group, die demnach in Beschaffung, Verarbeitung und Vermarktung von Haselnüssen führend ist.

Das Unternehmen ist den Angaben zufolge mit fünf Produktionsstätten in wichtigen Anbauregionen vertreten und macht einen Jahresumsatz von umgerechnet 370 Millionen Euro. Für Ferrero sind die Nüsse eine Schlüsselzutat: Sie stecken in Produkten wie Nutella, Hanuta, Rocher und Kinder Bueno. Den Kaufpreis nannte der Hersteller nicht. [Internet-Link](#)

JOINT VENTURE MIT TURKISH AIRLINES :

Lufthansa will Sunexpress zum Billigflieger machen



Ende des Verwirrspiels um Langstreckenflüge: Lufthansa will Sunexpress zum Billigflieger machen, ein Joint-Venture mit Turkish Airlines. Das Bündnis mit Air China dürfte derweil erst in zwei Jahren Reiseflughöhe erreichen.

Die Lufthansa und Turkish Airlines wollen den gemeinsam betriebenen Ferienflieger Sunexpress offenbar zur Basis für eine weitere Partnerschaft machen. Die Lufthansa spielt derzeit Pläne für eine neue Billig-Marke auf Langstreckenflügen durch. "Turkish Airlines ist ein potenzieller Partner und wir sind in sehr fortgeschrittenen Gesprächen", hatte Lufthansa-Chef Carsten Spohr bei der Vorstellung der neuen Strategie der Airline gesagt. Am Donnerstag enthüllte der Konzern weitere Details. "Die Aussagen von Herrn Spohr beziehen sich auf Gespräche, Sunexpress in eine mögliche Langstrecken-Plattform einzubringen", sagte eine Lufthansa-Sprecherin. Ausgelöst wurde die Erklärung der Lufthansa durch Aussagen von Turkish Airlines, die an der Börse für Verwirrung sorgten. Die Türken hatten erklärt, dass es keine Projekte hinsichtlich Langstreckenflügen zwischen Turkish Airlines und der Lufthansa gebe. Nun ist klar: Die Gespräche beziehen sich auf Sunexpress. Derzeit pendelt der Ferienflieger mit Heimatbasis im Touristenort Antalya hauptsächlich zwischen der Türkei und Deutschland. Er beförderte im vergangenen Jahr 6,7 Millionen Passagiere. [Internet-Link](#)

Nordex unterzeichnet Kaufverträge für die Türkei über 64,2 MW



Nordex hat weitere Aufträge über insgesamt 64,2 MW für die Errichtung von drei Windparks mit Großturbinen vom Typ N117/2400 und N117/3000 in der Türkei gewonnen.

Für die Erdem Holding wird das Unternehmen sieben Anlagen der Generation Delta vom Typ N117/3000 für das Windfeld "Ödemis" liefern. Im Auftragsumfang ist ein Premium-Servicevertrag für mindestens fünf Jahre enthalten.

Der Standort "Ödemis" liegt südöstlich von Izmir, nahe der Ägäischen Küste. Aufgrund mittlerer, durchschnittlichen Jahreswindgeschwindigkeiten kommt die hierfür speziell entwickelte Anlage N117/3000 auf 91 Meter Nabenhöhe zum Einsatz. Für das Projekt werden die Rotorblätter, Türme und Ankerkörbe in der Türkei produziert. Das garantiert nach türkischem Einspeisegesetz der Erdem Holding einen erhöhten Einspeisetarif.

"Ödemis" ist das erste Windparkprojekt der Erdem Holding. Die Gruppe ist in der Telekommunikation und im Bau von Generatoren tätig und diversifiziert jetzt in den Bereich der erneuerbaren Energien.

Zudem hat Nordex von seinem Stamm-Kunden Edincik Elektrik einen Vertrag für die Lieferung von elf N117/2400 Anlagen zur Erweiterung des 2012 errichteten 30-MW-Windparks "Edincik" erhalten. Auch hier setzt der Kunde auf den Nordex-Premium-Service mit einer Laufzeit von sechs Jahren. Auch beim dritten Auftrag erweitert ein Stammkunde einen Windpark: Mit der Lieferung von sieben N117/2400-Anlagen baut Bursa Temiz Enerji sein Windfeld Bandirma III in der Marmara Region von 25 MW auf jetzt 41,8 MW aus. [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Erdogans Kandidatur: Präsident Allmächtig



Von Hasnain Kazim
der Spiegel, 01.07.2014

Recep Tayyip Erdogan plant seinen nächsten Coup: Er will Präsident der Türkei werden. Als Staatsoberhaupt könnte er mehr Macht konzentrieren denn je - ihm schweben gewaltige Projekte vor.

Es ist seine Chance, und Premierminister Recep Tayyip Erdogan ergreift sie: Er will für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren. Am 10. August wählen die Türken erstmals direkt ihr Staatsoberhaupt, auch mehrere Millionen im Ausland lebende türkische Staatsbürger, darunter rund 1,5 Millionen in Deutschland, sind wahlberechtigt. Für Erdogan, 60, rückt damit die Erfüllung seines Traumes näher: Er will auch im Jahr 2023, wenn die Republik Türkei ihren hundertsten Geburtstag feiert, einen mächtigen Posten haben. Bis dahin will er sein Land unter die zehn stärksten Wirtschaftsnationen der Welt geführt haben. Schon jetzt ist er der am längsten regierende Premierminister. Nach AKP-Regeln ist ihm eine vierte Amtszeit als Regierungschef aber verwehrt. Dann eben der Job als Präsident. Dass er in das höchste Staatsamt gewählt wird, gilt als wahrscheinlich - trotz Kritik an seinem autoritären Regierungsstil, trotz Korruptionsvorwürfen. Beim großen Teil der Bevölkerung bleibt Erdogan beliebt, weil er die Türkei in den vergangenen Jahren wirtschaftlich voran gebracht hat. Bei den Kommunalwahlen Ende März, die er zu einem Referendum über sich erklärt hatte, gewann seine Partei AKP deutlich.

Steht die absolute Mehrheit hinter Erdogan?

Läuft es in seinem Sinne, erhält Erdogan gleich im ersten Wahlgang 50,1 Prozent oder mehr. Verfehlt er das Ziel, reicht in einer Stichwahl am 24. August zwischen den beiden erfolgreichsten Kandidaten die einfache Mehrheit. Erdogan würde dann vier Tage später ins Präsidentenamt starten - wenn auch leicht beschädigt. Nun formieren sich die Gegner. Die beiden größten Oppositionsparteien, die sozialdemokratische CHP und die nationalistische MHP, haben einen gemeinsamen Kandidaten nominiert: Ekmeleddin Ihsanoglu, 70, einen ruhigen Intellektuellen und damit ein Gegenentwurf zum volksnahen, bisweilen cholerischen Erdogan. Er gilt als religiös, befürwortet aber eine strikte Trennung von Staat und Religion. Sein Nachteil: Er ist relativ unbekannt und spricht weder die klassische CHP-Wählerschaft an, noch repräsentiert er den typischen MHP-Wähler. Probleme bereitet Erdogan die kurdische Partei BDP. Sie hat den 41-jährigen Rechtsanwalt Selahattin Demirtas als eigenen Kandidaten nominiert. Dem BDP-Chef werden zwar nur Außenseiterchancen nachgesagt, aber seine Stimmen könnten den Erfolg für Erdogan im ersten Durchgang verhindern. Erdogan ist auf die Stimmen der Kurden angewiesen ist, um gleich im ersten Anlauf zu triumphieren.

Geiseldrama im Irak macht der Regierung zu schaffen

Erdogan muss nun taktieren. Wie zufällig hat er den Kurden ausgerechnet jetzt ein Geschenk gemacht: ein neues Gesetzespaket, das unter anderem verbesserte Rückkehrbedingungen für Kurden enthält, die aus der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aussteigen wollen. Dazu soll es Immunitätsregeln geben und den Friedensprozess auf eine rechtliche Basis stellen. Um das Paket noch vor der Präsidentschaftswahl zu verabschieden, wurde eigens die Sommerpause für die Abgeordneten verschoben. Zur großen Gefahr für Erdogan könnte das Geiseldrama im Irak werden. Vor drei Wochen entführte die Terrororganisation "Islamischer Staat im Irak und in Syrien" (ISIS) in Mossul insgesamt 80 türkische Staatsbürger, darunter Mitarbeiter des Generalkonsulats. Bislang laufen Verhandlungen im Geheimen, ein Gericht in Ankara hat - angeblich, um die Geiseln nicht zu gefährden - ein Berichtsverbot verhängt. Die Regierung agiert in dieser Krise zögerlich, manchmal hilflos. Sie findet nicht einmal deutliche Worte gegen ISIS und bestärkt damit Kritiker, die ihr vorwerfen, die Extremisten als Instrument gegen Syriens Präsidenten Baschar al-Assad zu unterstützen. Erdogan weist diesen Vorwurf von sich. Er lasse sich nicht von politischen Gegnern unter Druck setzen, "provokativ über ISIS zu reden", denn das schade den Geiseln. Schon jetzt bewertet die Opposition die Entwicklung im Irak und in Syrien als ein Scheitern der türkischen Außenpolitik.

Wer wird neuer Premier, wer neuer Parteichef?

Lange hat Erdogan gezögert, sich offiziell zum Präsidentschaftskandidaten zu erklären. Ein Problem, so sein Umfeld, ist die unklare Nachfolge. Als Staatsoberhaupt muss er als Parteichef zurücktreten und die AKP offiziell verlassen, zudem muss ein neuer Premierminister gefunden werden - diese Personalien werden die Türkei in den kommenden Tagen und Wochen beschäftigen. Auf den neuen Premier wartet ein harter Job. Erdogan hat mehrfach angedeutet, dass er sich als Staatsoberhaupt keineswegs nur auf die zeremonielle Rolle beschränken wird. Vielmehr wolle er sich in die Tagespolitik einmischen und sie bestimmen. Erdogan dürfte nach einer erfolgreichen Wahl erst recht über alle Kritiker hinwegsetzen und seine Lieblingsprojekte vorantreiben: den dritten Istanbul Flughafen; eine dritte Brücke über den Bosphorus; einen Kanal zwischen Schwarzem Meer und Marmara-Meer. Neue Autobahnen, Straßen, Wohnparks, Hochhäuser, Shopping-Malls.

Die türkische Verfassung beschreibt die Befugnisse des Präsidenten nur vage und lässt ihm damit großen Spielraum. Fest steht daher jetzt schon: Wer auch immer neuer Premierminister wird - er wird wenig zu melden haben. [Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKIE HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 76,7 Mil. : - ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
 - + 24% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - stabile Bevölkerungszahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2011 : 595 Milliarden € (KKP) □ BSP Wachstumsrate 2011 : 8,5 %
- BIP 2012 : 616 Milliarden € (KKP) □ BSP Wachstumsrate 2013/1 : 3 %
- Rang 16 der weltweit größten Ökonomien (KKP) ► Mitglied bei G20
- Wichtige Handelspartner : * EU : 38,5 % (die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU)
 - * Russland : 7,9% * USA : 4,5%
 - Türkische Exporte in die EU – Januar- November 2013: € 43,7 Mrd.
 - Türkische Importe aus der EU – Januar- November 2013: € 63,4 Mrd.
 - Handelsdefizit mit der EU – Januar- November 2013: € 19,6 Mrd.
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
- Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

[Die Türkei ist in der Welt :](#)[Die Türkei ist in Europa :](#)

- sechstgrößter Zementexporteur
- zweitgrößter Glasproduzent
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur
- sechstgrößter Hersteller von Industriemaschinen
- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikfliesen
- viergrößter Telekom-Markt
- zweitgrößter Hersteller Baumaterialien
- viergrößter Hersteller Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen&Stahl
- sechstgrößter Kühlschrankhersteller
- drittgrößter Yacht Hersteller
- achtgrößter Schiffsbauer

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals :** € 12,5 Mrd in 2008|€ 5,5 Mrd in 2009|€ 6,9 Mrd in 2010|€ 12,3 Mrd in 2011|€ 9,4 Mrd in 2012|€ 7,6 Mrd zwischen Januar- November 2013

Ungefähr 36.450 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 2,3 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft :** Etwa 30% Steigerung von PCs zwischen 2005 und 2010
 22 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
 + 69 Millionen GSM-Abonnenten
 + 40 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 54,6 Millionen in 2014
 + 40 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
 → Ausbau des e-governments

Tourismus : Istanbul war EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010, weltweit sechstbeliebtestes Reiseziel, 35 Millionen Touristen im Jahr 2013.

▶ REFORMEN :

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien
Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch
Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch
Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit
Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte
Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale Schiedsgerichtsbarkeit
Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen
Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung
Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org